

Transformationen des Populären. Working Paper Series des SFB 1472

11.09.2023

Working Paper 8

Wie die Demokratie sich per Demoskopie selbst beobachtet¹

Philip Manow

Zitation:

Philip Manow (2023): *Wie die Demokratie sich per Demoskopie selbst beobachtet*. Working Paper SFB 1472, no. 8.

DOI: <https://doi.org/10.25819/ubsi/10412>

0. Dis-Intermediation

1/17

Befinde sich die Demokratie in der Krise? Und wenn ja, in welcher?

1 Ich danke Nico Siegel, Jörg Döring, Niels Werber und den Mitgliedern der ‚Future of Democracy‘-Group am The New Institute für sehr hilfreiche Kommentare.

Ich möchte in diesem kurzen Essay die These vertreten und in einer spezifischen Hinsicht zu belegen versuchen, dass die gegenwärtige Krise der Demokratie eine ihres konkreten Funktionierens (oder eben: ein Ausdruck ihrer zunehmenden Dysfunktionalität) ist – nicht aber eine ihrer abnehmenden normativen Strahlkraft. Wobei natürlich zu konzedieren wäre, dass etwas, was als Idee überzeugt, aber in der Praxis nicht, irgendwann dann auch seine normative Ausstrahlung verliert. An diesem Punkt sind wir allerdings noch nicht angelangt. Insbesondere möchte ich argumentieren und empirisch nachzuweisen suchen, in Fortsetzung eines an anderer Stelle entwickelten Arguments (Manow 2020), dass diese gegenwärtige Krise der Demokratie eine der konkreten Mechanismen demokratischer Repräsentation ist. Was ist damit gemeint?

Zu konstatieren, dass der zentrale Repräsentationsakteur in modernen Demokratien, die politische Partei, sich in einer grundsätzlichen Krise befindet – stichwortartig: Mitglieder- und Wählerschwund, zunehmende programmatische Ununterscheidbarkeit und Konturlosigkeit, substantieller Einflussverlust, vor allem vollständiger Verlust der Diskurshegemonie, mit der dann sich schließlich immer weiter verbreitenden Wahrnehmung, dass sie als kollektive Organisationsform des Politischen vielleicht obsolet geworden ist – bedeutet, sich in guter und zahlreicher Gesellschaft zu befinden. Die Literatur, die den Abgesang auf diesen für die liberalen Demokratien der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts absolut zentralen, viele würden sagen: *essentiellen* Repräsentationsakteur anstimmt, ist mittlerweile kaum mehr zu überschauen.

Die Diagnose ‚the party is over‘ kann für sich erst einmal also nur wenig Neuigkeitswert reklamieren. Weniger häufig findet sich allerdings dargestellt, wie sich die heute manifesten Probleme dieses spezifischen Kollektivakteurs ‚politische Partei‘ übersetzen in Probleme der repräsentativen Demokratie insgesamt. Ich habe an anderer Stelle versucht, die Folgen detaillierter darzustellen (Manow 2020). In diesem Zusammenhang und in Weiterführung der dort vorgenommenen Analyse möchte ich im Folgenden auf eine spezifische Konsequenz aufmerksam machen, nämlich auf eine allgemeine Beschleunigung und zugleich erhöhte politische Volatilität demokratischer Prozesse, die m. E. aus dem Wegfall vermittelnder (intermediärer) Instanzen, das heißt aus dem resultieren, was in der einschlägigen Literatur vereinzelt als *dis-intermediation* beschrieben wurde. Kürzere Aufmerksamkeits- und Entscheidungszyklen, größere Ausschläge der Öffentlichen Meinung, geringere programmatische Kontinuität, mehr Volatilität und mehr Unberechenbarkeit der Entscheidungsprozesse, also insgesamt: ‚Mehr (politische) Hitze!‘ als Folge der Schwäche moderierender Zwischenakteure.

Ich will im Folgenden den Konsequenzen dieses Zusammenwirkens von direkterer politischer Kommunikation und der schnelleren Rückbindung von Entscheidungen an Meinungen durch den Wegfall intermediärer Instanzen auch empirisch nachgehen. Dies u.a. mit Hilfe eines Indikators, der die Popularität von Parteien, Politikern und Programmen anzeigt und bei dem wir mittlerweile über längere Zeitreihen verfügen, so dass sich

Entwicklungstendenzen über mehrere Dekaden hinweg erkennen lassen. Gemeint sind per Umfragen ermittelte politische Zustimmungswerte und ihre Veränderungen über Zeit. Darüber hinaus können wir auch im Zeitverlauf die Stabilität von Regierungen und die Länge von Legislaturperioden erfassen. Die These von der Beschleunigung und damit auch von einer gewissen Chaotisierung politischer Prozesse wäre, wenn sie sich denn empirisch untermauern ließe, meines Erachtens von nicht geringer Bedeutung für ein Verständnis der gegenwärtigen Krise demokratischer Repräsentation.

Der Essay greift sich zunächst in exemplarischer Absicht zwei politische Ereignisse der jüngeren Vergangenheit heraus, an denen sich beschleunigende Rückkoppelungen zwischen politischer Öffentlichkeit und Politik aufzeigen lassen. Die Folgen einer solchen Beschleunigung werden anschließend vor dem Hintergrund einer Betrachtung der zeitlichen Dimension demokratischer Repräsentation kurz diskutiert. Der Essay endet mit der Präsentation von zugegebenermaßen unsystematischer Evidenz dafür, dass eine Tendenz zu schnelleren Rückkoppelungen tatsächlich repräsentative Demokratien allgemein betreffen könnte.

1. Feedback-Effekte

Ich beginne mit einem konkreten Beispiel, an dem sich einige der hier relevanten Entwicklungen und ihre prospektiven Ursachen darstellen und diskutieren lassen.² Als erstes Beispiel dient mir die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom Juni 2021. Abbildung 1 visualisiert die Entwicklung der Zustimmungswerte der Parteien in Sachsen-Anhalt im Vorfeld, von Beginn der Legislaturperiode bis zur Wahl selbst (als Linien) – sowie (als Punkte) das dann tatsächlich eingetretene Wahlergebnis vom 6. Juni 2021 (siehe Abbildung 1).

2 Meine folgenden Beispiele stammen aus dem deutschen Kontext – das begründet sich allerdings nicht inhaltlich, sondern mit meiner größeren Vertrautheit mit diesem politischen System und dem für mich leichteren Zugang zu den einschlägigen Daten. Ähnliches wie das am deutschen Fall Dargestellte sollte für alle westlichen Demokratien zutreffen und beobachtbar sein.

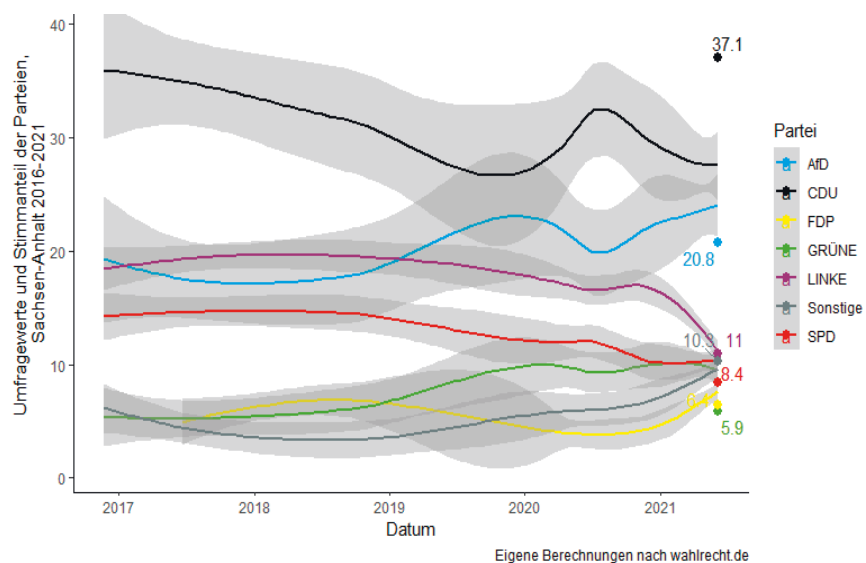


Abbildung 1: Umfragen, Zustimmungswerte der Parteien im Vorfeld der Sachsen-Anhalt Landtagswahl Juni 2021

Was hier unmittelbar ins Auge fällt ist, dass die Umfrageinstitute in ihrer Mehrzahl bis zum Zeitpunkt der Wahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und AfD ermittelten, die ermittelten Zustimmungswerte beider Parteien sich zumindest im statistischen Überschneidungsbereich befanden, dass dann aber am Wahlabend diese beiden Parteien ganz erheblich, fast 17 Prozent auseinander lagen. Das tatsächliche Endergebnis befand sich damit für beide Parteien auch weit außerhalb der jeweiligen Konfidenzintervalle, also den jeweiligen Bereichen berichteter Unsicherheit der Umfragen. Aber wie ist es zu erklären, dass die Umfrageinstitute – zwar mit graduellen Unterschieden, aber letztlich übereinstimmend – so völlig andere Werte berichteten im Vergleich zum Wahlergebnis wenig später? Eine vielleicht prima facie naheliegende Erklärung lässt sich bei dieser Übereinstimmung bereits weitgehend ausschließen: die des handwerklich grob Mangelhaften. Denn unabhängig von der Art der Erhebungsmethode (Telefon, Tür-zu-Tür oder Online), der Sample-Größe, der in Anwendung gebrachten Gewichtungen etc. kam es ja zwischen den Instituten zu einer gewissen, wenn auch nicht völligen Übereinstimmung bei ihrer Ermittlung der Zustimmungswerte. Ausschließen lässt sich ebenfalls eine Ursache für massive Abweichungen zwischen Umfragen und Wahlergebnis, die ansonsten potentiell an Bedeutung gewonnen hat und auf die deswegen in den einschlägigen Diskussionen immer wieder verwiesen wird: Aufgrund der sozialen Erwünschtheit von Antworten über die Wahlabsicht wird häufig vermutet, dass mit dem Aufkommen von populistischen Parteien das Geschäft der Umfrageinstitute schwieriger geworden ist, weil ein substantieller Anteil der Befragten seine wirkliche Wahlabsicht nicht offenbart – oder weil ein wachsender Anteil der Wähler aus politischen Gründen – und zwar solchen, die mit ihrer Wahlabsicht systematisch zusammenhängen – eine Beteiligung an Meinungsumfragen nun überhaupt ablehnt. Im vorliegenden Fall wurden ja aber die Stimmanteile der AfD, wie es die ‚soziale Erwünschtheit‘-Hypothese prognostizieren würde, nicht unter-, sondern massiv überschätzt. An einer Unterrepräsentation ihrer Wähler oder an einer systematisch zu seltenen Nennung dieser Wahlabsicht kann es also ebenfalls nicht gelegen haben. Außerdem ist ja das Problem der sozialen Erwünschtheit bekannt. Umfrageinstitute antworten mit ihren Gewichtungungsverfahren auf dieses Problem. Erneut spricht der Umstand, dass die Umfrageinstitute, ganz unabhängig von ihren in Anschlag kommenden Gewichtungsmethoden, ähnliche Zustimmungswerte ermittelten, gegen eine solche Erklärung.

3/17

Man muss wohl auch kein großes Rätsel daraus machen, wie ein so substantieller Unterschied zwischen Umfragen und tatsächlichem Wahlergebnis zustande kommen konnte. Es erscheint relativ naheliegend, diesen Unterschied damit zu erklären, dass offensichtlich viele Wähler die berichteten Umfragen selbst zur Grundlage ihrer Wahlentscheidung gemacht haben, so dass sie zu so etwas wie einer *self-defeating prophecy* wurde. Weil viele Institute ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und AfD berichteten (ein Umstand, der entsprechende mediale Aufmerksamkeit bekam), hat ein substantieller Anteil entweder vorher unentschlossener oder ‚eigentlich‘ anders orientierter Wähler bzw. Wählerinnen dann bei der CDU sein/ihr Kreuz gemacht, um genau dieses Ergebnis zu verhindern. Der Kurvenverlauf der Zustimmungswerte für *Die Linke* bzw. auch die starke Abweichung zwischen Umfragewerten und schließlichem Wahlergebnis bei den *Grünen* lassen vermuten, dass strategische Unionswähler auch von diesen Parteien kamen (zusätzlich zum Zustrom aus dem Lager der Unentschlossenen bzw. derer, die in der letzten Wahl nicht gewählt hatten).³

3 Zur Analyse der Wählerwanderung bei der Sachsen-Anhalt Landtagswahl siehe etwa <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/waehlerwanderung-sachsen-anhalt-2021/>. Für die CDU: 61.000 Wähler aus dem Lager der Nicht-Wähler, 22.000 vormalige SPD-Wähler, 18.000 ehemalige Wähler der Die Linke, 11.000 Wähler, die fünf Jahre zuvor FDP gewählt hatten, 5.000 Grüne Wähler.

Was also als Beobachtung *des* politischen Prozesses gedacht war, wurde damit zur politischen Intervention *in* diesen politischen Prozess, die ihn in eine Richtung veränderte, die systematisch von der Beobachtung selbst abwich. *Weil* alle ein knappes Rennen ermittelten, ist es nicht eingetreten. Daher wird man die Umfragen auch nicht einfach als ‚falsch‘ bezeichnen können. Zu ihrem Zeitpunkt waren sie vermutlich ganz zutreffend.

Es sind die ‚looping effects‘, die hier eine eigentümliche Logik der Dynamisierung entfalten, die sich als Transformation der Politik durch ihre Popularität beschreiben ließe: Die in den Umfragen erhobene und öffentlich kommunizierte wie beachtete, mehr oder minder große, im Vergleich mit vorherigen Ergebnissen zunehmende oder abnehmende Popularität oder Nicht-Popularität der Parteien zeitigt selbst politische Wirkungen, die über die Information der Öffentlichkeit über die noch so zutreffende ‚repräsentative‘ Erhebung eines in einem bestimmten Zeitraums gegebenen politischen Meinungsspektrums weit hinausreicht.

Für unseren Kontext sind nun jedoch die Konsequenzen einer solchen Erklärung wichtiger als die Erklärung selber. Die zentrale Einsicht, dass Meinungsumfragen politische Informationen beinhalten, die selbst zurückgespeist in die Politik deren Verlauf verändern können, ist keine gänzlich neue: representing means intervening (Hacking 1983). Die öffentliche Beachtung für die mehr oder minder große oder geringe Popularität von Parteien, Politikern und Programmen transformiert die Politik (Döring et al. 2021). Dass man solche Rückwirkungen für demokratiethoretisch problematisch halten kann, zeigen die in vielen nationalen Wahlgesetzen festgelegten sogenannten ‚blackout-‘ oder ‚silence-rules‘ beziehungsweise Karenztage, die für einen bestimmten Zeitraum unmittelbar vor einer Wahl die Veröffentlichung von Umfragen untersagen.⁴ Vermutlich neu ist, dass ‚feedback‘-Effekte heutzutage aufgrund mehrerer Faktoren wohl wahrscheinlicher und in ihren Ausschlägen stärker geworden sind. Welche Faktoren sind das?

Ein Einwirken von Umfragen auf den eigentlich nur zu ‚beobachtenden‘ politischen Prozess – das, was man hier Rückkopplung nennen könnte, oder den „meinungsbildenden Effekt der Meinungsforschung“ (Hennis 1957: 12; kursiv im Original) – wird unter anderem dann wahrscheinlicher, wenn eine größere Zahl von Wählern ihre Wahlentscheidung im Lichte von Umfragen, d.h. auch zeitlich später trifft. Das wiederum tritt umso eher ein, desto mehr Wähler keine stabilen Parteipräferenzen beziehungsweise feste Parteiidentifikationen ausgebildet haben. Mit dem ‚Aussterben des Stammwählers‘ steht also zu vermuten, dass kurzfristige Elemente in der Wahlentscheidung zunehmen. Diese können strategischer Natur sein – wie in dem Sachsen-Anhalt-Beispiel, wenn Wähler bewusst ein durch Umfragewerte plausibilisiertes Szenario konterkarieren wollen, also konkret in diesem Fall verhindern wollten, dass die AfD zur stimmenstärksten Partei im Land wird.

Die Wahlentscheidung kann aber auch unreflektierter, weniger strategisch erfolgen, wenn man sich etwa von einem allgemeinen Trend, einer Kollektivstimmung beeinflussen lässt und diese dadurch weiter verstärkt (siehe unten). Das ist wohl die dominante Befürchtung gewesen, die historisch hinter den sogenannten ‚blackout rules‘ in vielen nationalen Wahlgesetzen gestanden hat. Mit dem steigenden Anteil der bis kurz vor der Wahl noch

4 Zu diesen Regeln siehe der Überblick unter (from <http://aceproject.org>), unter: Question: *What is the blackout period, if any, during which results of pre-election opinion polls may not be released to the public?* In Deutschland wurden bis vor kurzem auf dem Weg einer Selbstverpflichtung der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender eine Woche vor der Wahl über keine Umfragen mehr berichtet (vgl. Faas 2017).

‚Unentschlossenen‘, die sich möglicherweise an den in Umfragen berichteten Zustimmungswerten orientieren, weil ihnen sonst eine klare politische Handhabe fehlt, werden solche selbstverstärkenden Trends ebenfalls wahrscheinlicher (siehe unten, Abbildung 9).

Diesen trendverstärkenden Effekt, also nicht die *self-defeating prophecy*, wie im Beispiel Sachsen-Anhalt, sondern die *self-fulfilling prophecy*, kann – als ein zweites Beispiel – eine andere Wahl der jüngsten Vergangenheit illustrieren, die Bundestagswahl vom 26. September 2021 (Abbildung 2).

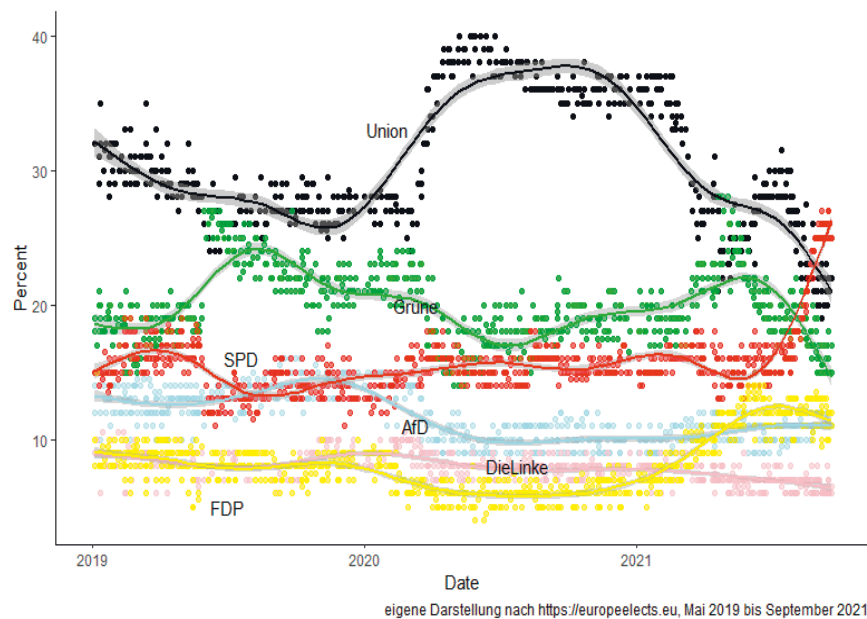


Abbildung 2: Umfragen, Zustimmungswerte der Parteien im Vorfeld der 2021-Bundestagswahl

Hier, in dem innerhalb einer nur sehr kurzen Frist sich vollziehenden Aufstieg der SPD von um die 15 Prozent zu etwa 25 Prozent, in einigen Umfragen sogar höher, sehen wir nun einen (im Amerikanischen unter ‚bandwagon effect‘ firmierenden; (Schmitt-Beck 2015)) natürlich ebenfalls zuvor nicht unbekannt, aber vermutlich heute insgesamt häufiger und verstärkt auftretenden Effekt. Diese ‚bandwagon‘-Dynamik wird teils von den gleichen Faktoren angetrieben, wie sie auch bei dem bereits oben diskutierten Fall des strategischen Wählens wirksam sind: eine höhere Anzahl ungebundener Wähler, die deswegen bis kurz vor eine Wahl unentschlossen sind und für die daher Umfrageergebnisse – in Form der in ihnen zum Ausdruck kommenden allgemeinen politischen ‚Stimmung‘ – selber die Wahlentscheidung beeinflussen können. Das wird zusätzlich angetrieben und verstärkt durch Mediendynamiken, die zum einen, quantitativ, dafür sorgen, dass Parteien, Kandidaten, Programme, die viel Beachtung finden, noch mehr Beachtung finden und so Popularität verstärken, während andere Parteien, Kandidaten, Programme in der Öffentlichkeit gar keine Rolle spielen, und zum anderen, qualitativ ‚Erfolg‘ belohnen und ‚Misserfolg‘ bestrafen: Die sinkende oder steigende quantitative Popularität wird umgemünzt in qualitative Aussagen über die Kompetenz der Politiker, die Güte von Programmen oder die Problemlösungsfähigkeit von Parteien, obschon sich an den Politikern, Parteiprogrammen oder Parteien nichts geändert haben muss.

Die dynamischen Feedbacks vollziehen sich vor dem Hintergrund eines zunehmend *fragmentierten* Parteiensystems, was für Wähler die Optionenvielfalt erhöht, damit aber auch die Auswahl verkompliziert und ebenfalls die Auswahlprozesse volatiler werden lässt. Es vollzieht sich zudem wohl auch vor dem Hintergrund eines zugleich – zumindest in der politischen Mitte – zunehmend *entideologisierten* Parteiensystems, bei der die ‚Auswahl‘ zwischen entweder sich programmatisch stark ähnelnden oder dann in Exekutivverantwortung ohnehin zur mehr oder weniger identischen Politik gezwungenen Parteien (Hopkin and Blyth 2018; Mair 2013), sich dann tatsächlich an kompletten Nebensächlichkeiten (etwa: ein Lachen des Kandidaten zum falschen Zeitpunkt) orientieren kann. Voraussetzung dieses Bedeutungszuwachses von Nebensächlichkeiten ist dabei wiederum eine Mediendynamik, die etwas situativ Unpopuläres (wie das Lachen des Kandidaten zum falschen Zeitpunkt) extrem populär machen kann. Diese medial-prognostisch sich selbstverstärkenden Prozesse kann man sich stilisiert etwa wie folgt vorstellen:

6/17

In einer Umfrage zum Zeitpunkt t_1 gewinnt Partei x gegenüber vorherigen Umfragen leicht hinzu, Partei y verliert leicht. Darüber wird berichtet, und diese Berichterstattung versucht üblicherweise auch, diese Entwicklung zu ‚erklären‘: Irgendetwas hat Partei x offenkundig ‚richtig‘ gemacht und/oder irgendetwas Partei y ‚falsch‘ (dass die jeweiligen Abweichungen zumeist im Bereich statistischer Unsicherheit verbleiben, wird hingegen regelmäßig nicht kommuniziert). Wenn die Umfrage und die begleitende Berichterstattung selbst einen zunehmenden Einfluss auf die Einstellungen der Wähler und Wählerinnen haben, dann ist es nicht unwahrscheinlich, dass in einer Umfrage zum Zeitpunkt t_2 Partei x weiter leicht hinzugewinnt, während Partei y zugleich weiter leicht an Zustimmung verliert. Diese Entwicklung wird erneut berichtet und dann ebenfalls erneut gedeutet.

Der Fokus der Berichterstattung richtet sich nun auch neu aus: Das Interesse an dem Kandidaten, der Kandidatin, der/ die für die besseren Umfragewerte steht, wächst, er oder sie bekommt mehr (positive) mediale Aufmerksamkeit: Was hat er/ sie, was die anderen nicht haben? Welche Fehler machen die anderen (die so negative mediale Aufmerksamkeit erfahren), die er oder sie vermeidet? Je länger das so geht, so wahrscheinlicher wird es, dass in Partei y erste Zweifel an ihrer Strategie (oder gleich dem Kandidaten) wachsen und dann auch von irgendwem öffentlich artikuliert werden. Die mediale Umverteilung von Beachtung zeitigt politische Folgen, denn eine solche parteiinterne Diskussion erscheint in der Öffentlichkeit als Unsicherheit und Zerstrittenheit, während die in den Umfragen hinzugewinnende Partei ‚geschlossener‘ erscheint. Auch hier richtet sich ein nun negatives Medieninteresse vielleicht neu aus: Welche Fehler macht der Kandidat/ die Kandidatin der Partei y, warum ist er/sie vielleicht eine ‚schlechte Wahl‘ gewesen, wie will Partei y aus dieser problematischen Lage befreien? Interne Diskussionen und negative Berichterstattung dürfte die weiteren Umfragewerte beider Parteien wiederum zu einem späteren Zeitpunkt t_3 beeinflussen. Und so weiter und so fort.

Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an die sprunghafte ansteigenden – und dann ebenso jäh, nach der Landtagswahl im Saarland in sich zusammenfallenden – Zustimmungswerte für den SPD-Kandidaten Martin Schulz im Bundestagswahlkampf zu Beginn des Jahres 2017.⁵

5 Siehe hierzu etwa: „Seitdem die SPD Martin Schulz als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl ausgerufen hat, gehen die Werte steil nach oben. Zuletzt kletterten in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für RTL und ‚Stern‘ die Sozialdemokraten erstmals seit Oktober 2012 wieder über die 30-Prozent-Marke auf nun 31 Prozent. Das sind fünf Punkte mehr als in der Vorwoche.“ In *Spiegel-Online*, *Nichtwähler verhelfen SPD zu Umfragehoch* vom 13.02.2017. Und dieser Zulauf erfolgte aus dem Lager der Nichtwähler: „Demnach war jeder fünfte aktuelle SPD-Unterstützer bei den Bundestagswahlen 2013 Nichtwähler. Bei der Union ist der Anteil der Nichtwähler unter den Unterstützern kleiner – aktuell nur jeder zehnte Unionsanhänger blieb laut ‚Insa‘ 2013 den Urnen fern. Für die SPD ist in den vergangenen Wochen der Anteil an ursprünglichen Nichtwählern deutlich gestiegen, nämlich um 70 Prozent.“

6 Als ein Beleg für das parteipolitische Interesse an Meinungsumfragen lässt sich daran erinnern, dass geschönte Umfragen eine der Gründe waren, warum der österreichische Kanzler Kurz zurücktrat.

7 Der Skandal, der in Österreich zum Rücktritt des ÖVP-Kanzlers Sebastian Kurz geführt hat, beinhaltet ja in seinem Kern die politische ‚Bestellung‘ vorteilhafter Umfragen.

8 Natürlich stellten insbesondere die US-Präsidentschaftswahl von 2016, aber auch das Brexit-Referendum im selben Jahr spektakuläre Fälle der jüngeren Vergangenheit dar, in denen die Vorhersagen sehr deutlich ‚Hillary Clinton‘ und – wenn auch weniger eindeutig – ‚remain‘ gelautet hatten. Zur ‚Fehlersuche‘ siehe etwa den *Report des Adhoc-Committees on 2016 Election Polling* der American Association for Public Opinion Research (AAPOR); <https://www.aapor.org/Education-Resources/Reports/An-Evaluation-of-2016-Election-Polls-in-the-U.S.aspx>. Interessanterweise führt der Report mögliche Rückwirkeffekte von Wahlumfragen auf das Wahlverhalten an: *„About those predictions that Clinton was 90 percent likely to win... However well-intentioned these predictions may have been, they helped crystalize the belief that Clinton was a shoo-in for president, with unknown consequences for turnout. While a similar criticism can be leveled against polls – i.e., they can indicate an election is uncompetitive, perhaps reducing some people’s motivation to vote – polls and forecasting models are not one and the same. As the late pollster Andrew Kohut once noted (2006), “I’m not a handicapper, I’m a measurer. There’s a difference.” Pollsters and astute poll reporters are often careful to describe their findings as a snapshot in time, measuring public opinion when they are fielded (e.g., Agiesta 2016; Easley 2016a; Forsberg 2016; Jacobson 2016; McCormick 2016; Narea 2016; Shashkevich 2016; Zukin 2015). Forecasting models do something different – they attempt to predict a future event.*

Es ist auch diese zunehmend enge Rückkoppelung zwischen Umfragen und Öffentlicher Meinung, die erklärt, warum – obwohl Umfrageinstitute primär an einer unverzerrten Ermittlung von Zustimmungswerten interessiert sein sollten – sich so etwas wie eine politische Nähe zwischen bestimmten Parteien und bestimmten Umfrageinstituten (‚Hausinstitute‘) überhaupt ausbilden konnte und kann (INSA als AfD-nah, Allensbach sowie auch Forschungsgruppe Wahlen mit CDU-Nähe, Forsa ursprünglich und Infratest Dimap heute eher als SPD-nah (Kruke 2012)).⁶ Denn die Umfrage kann sich ja zumindest in Teilen ihre eigene Bestätigung schaffen und sich somit geradezu selbst validieren. Daran aber besteht nun allerdings ein sehr veritables politisches Interesse.⁷

Selbstverstärkende Wechselwirkungen zwischen Umfragen und politischen Einstellungen zeigen somit auch, dass Abweichungen zwischen Umfrage und Ergebnis *nicht* das zentrale (demokratiethoretische) Problem der Meinungsforschung in gegenwärtigen Demokratien sein müssen – auch wenn sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf solche Fälle richtet und diese jeweils Anlass für eine kritische Betrachtung des Umfragegeschäfts geben.⁸ Im Zeitverlauf haben sich aber Abweichungen von Wahlergebnissen von vorherigen Umfragen insgesamt verringert (vgl. für die Präsidentschaftswahlen in den USA seit den 1930er Jahren etwa Polling 2016).⁹ Eine große Abweichung zwischen vorher ermittelten Zustimmungswerten und dann tatsächlichen Wahlergebnissen ist damit heute seltener, und ruft gerade daher unsere Aufmerksamkeit hervor.

Umfragen scheinen damit heute ‚treffgenauer‘, aber was das überhaupt meint: ‚treffgenau‘, und wie das demokratiethoretisch zu bewerten ist, bleibt unklar.¹⁰ Dass Umfragen vielleicht *gerade deswegen* problematisch sind, weil sie zutreffen, weil das darauf hinweisen könnte, dass sie selbst zu einem eigenständigen Faktor einer Meinungsbildung geworden sind, die sie doch eigentlich nur beobachten sollen, taucht in einer Diskussion der Erhebungsqualität erst einmal gar nicht auf.¹¹ Aber etwaige Diskrepanzen zwischen ermitteltem und realisiertem Ergebnis sind nicht das, was im Kontext der hier verfolgten Fragestellung im Mittelpunkt des Interesses steht. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt diente nur insofern als Beispiel, als sich an ihr die skizzierten Rückwirkeffekte von Umfragen auf das politische Geschehen gut zeigen lassen konnten, die ansonsten von der Übereinstimmung von ermittelten Zustimmungswerten und Wahlergebnissen überdeckt würden.

So könnte gerade eine solche höhere ‚Präzision‘ von Umfragen einen Hinweis auf ein demokratiethoretisches Problem geben, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass dies nur das Ergebnis eines wechselseitigen Anpassungsprozesses ist: Umfragen ermitteln Einstellungen und Einstellungen bestätigen sich an Umfragen, wenn die Skalierung des Politischen in Form von per Umfragen erhobenen Zustimmungswerten selbst zu einer vorherrschenden populärkulturellen Praxis geworden ist. Die hier zu beobachtende Beschleunigung und Eskalation ließe sich als *„Transformationsdynamik des Populären“* (Döring et al. 2021: 20) bezeichnen und in einen breiter angelegten Wandel der sozialen Verteilung von Beachtung einordnen.¹²

Fs 8 As the 2016 election proved, that can be a fraught exercise, and the net benefit to the country is unclear.” Die Differenzierung zwischen einer Umfrage und einer Vorhersage dürfte dem Großteil der Wahlbevölkerung nicht eingängig sein.

9 Für Deutschland kommt (Siegel 2019) zu übereinstimmenden Befunden.

10 Dass wir uns hier in einem sehr viel weitreichenderem Diskussionskontext bewegen (Desroisières 1998), sei wenigstens angedeutet. Angesprochen sind auch die Themen der Quantifizierung und der Visualisierung von Demokratie (Tufté 1990, 1997, 2001, 2020).

11 Molthagen et al. (2017) meinen etwa, dass Umfragen insbesondere durch ihre gestiegene Vorhersagegüte „politisch bedeutsam geworden“ seien, weil „viele Wählerinnen und Wähler und nicht zuletzt die Mehrheit der Politikjournalisten“ sie aufgrund „ihrer hohen Genauigkeit ... als valides Stimmungsbild und aussagefähige Prognose für die kommenden Wahl“ ansähen (Molthagen et al. 2017: 2). Faas im selben Band nimmt dann spektakuläre Fehlprognosen von Meinungsforschungsinstituten zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen (Faas 2017: 7-8).

12 Historisch aufschlussreich ist der Umstand, dass die meinungsbildenden Effekte von Meinungsbeobachtung und deren öffentlicher Inszenierung in den 1950er Jahre in der Bundesrepublik erstmals beobachtet werden: in einer Zeit, in der einerseits die empirische Sozialforschung sich von der amerikanischen Demoskopie belehren lässt (vgl. Mergel 2016) und andererseits in der Populärkultur die spektakuläre Inszenierung von Rankings/Chartergebnissen dominant wird - und damit den Boden bereitet für den *feedback loop*, der bei (Döring et al. 2021) „Popularisierung zweiter Ordnung“ genannt wird: dass etwas an Zustimmung gewinnt im Wissen um seine Beachtung durch viele.

Im Folgenden will ich die skizzierten Entwicklungen der demoskopischen Selbstbeobachtung der Politik demokratiethoretisch einordnen, insbesondere vor dem Hintergrund unseres Wissens um die mit einer Demokratie etablierte politische Zeitordnung, um mich einer Antwort auf die Frage nähern zu können, welche Veränderungen mit welchen Folgen wir an der gewandelten Rolle von politischen Umfragen ablesen können.

2. Die Zeitordnung demokratischer Repräsentation und der ‚situative Median‘

„Representative government cannot be understood without mentioning the role of time” (Manin 1997: 176)

Die repräsentative Demokratie wird häufig als ein Institutionenarrangement beschrieben, aber Institutionen etablieren auch zugleich immer eine eigene Zeitordnung. Diese wird im Falle der Demokratie seltener zum Gegenstand eigenständiger Reflexion (aber siehe Goodin 1998; Thompson 2004; Thompson 2022).¹³ Eine der besonders bemerkenswerten Ausnahmen ist Bernard Manin, der in seinem modernen Klassiker *Principles of Representative Government* (Manin 1997) auf einen ganz zentralen Aspekt demokratischer Zeitordnung aufmerksam gemacht hat, nämlich den der zeitlichen Entkoppelung zwischen dem Ausstellen einer generalisierten Repräsentationsbefugnis vermittelt demokratischer Wahlen einerseits und nachfolgend dem eigentlichen Repräsentationshandeln der somit für einen gewissen Zeitraum (für einen ‚term‘, eine Legislaturperiode) Legitimierten andererseits. Wobei dieses Handeln zumindest nicht direkt, sondern auf komplexe Weise indirekt an eine Öffentlichen Meinung und einen Mehrheitswillen zurückgebunden ist (siehe hierzu auch Mansbridge 2003), also schon auf die nächste Wahl, den zukünftigen Moment eines erneuten Legitimierungsaktes, hin ausgerichtet ist (*anticipatory vs. promissory representation*; s.u.).

Worauf Manin hinweist, ist ein vielleicht zunächst trivial erscheinender Umstand, der aber bei näherer Betrachtung doch Wesentliches über die demokratische Zeitordnung aussagt: Weder das imperative Mandat, noch die grundsätzlich ja denkbare ‚Juridifizierung‘ von Wahlversprechen und Wahlprogrammen, noch das Recht zum direkten *recall* von Abgeordneten haben sich in den parlamentarischen Demokratien der Gegenwart durchgesetzt. Stattdessen herrscht das ‚freie Mandat‘.¹⁴ Worauf ist das zurückzuführen? Manin erklärt dies damit, dass die zeitliche (rechtliche) Entkopplung des Legitimierungsakts der demokratischen Wahl (die auch eine zeitlich zurückwirkende Dimension hat, als Sanktionierung oder aber ‚Testierung‘ des vorangegangenen Repräsentationshandelns; s.u.) von den eigentlichen Entscheidungen der somit an die Macht kommenden Repräsentanten kollektive Lernprozesse bzw. Prozesse der Selbstaufklärung ermöglicht.¹⁵ Das ist eine ebenso originelle und erhellende wie auch bedeutsame Einsicht.

Manin hebt hervor, wobei das bei ihm unter dem Begriff der ‚relativen Autonomie‘ der Repräsentanten gegenüber den Repräsentierten firmiert, dass diese Entkopplung zwischen Legitimierungsakt und Repräsentationshandeln es möglich macht, dass in der Demokratie – statt dass prä-existente Mehrheiten ihre Politiken durchsetzen – umgekehrt Politiken sich

13 Umgekehrt interessieren sich geschichtswissenschaftliche Darstellungen von (gewandelten) Zeitvorstellungen und Zeitkonzeptionen im Regelfall auch nicht für *politische Zeit* (etwa völlig vernachlässigt bei Ogle 2015).

14 Dass dieses dann selbst durch komplizierte Mechanismen eingebunden ist in ein Auftreten des politischen Kollektivakteurs ‚Partei‘ ist damit nicht bestritten, wäre aber ein gesondertes Thema.

15 Nicht näher beleuchtet wird von Manin (und anderen) eine grundlegende Voraussetzung für den Zusammenhang, den er schildert, nämlich die historische Herausbildung des ‚Wahltages‘. Hierzu gibt es bislang wenig systematische Überlegungen; siehe aber erste Gedanken bei (Déloye and Ihl 2008).

(zukünftige, noch nicht existente) Mehrheiten suchen können. Anders formuliert: Dass demokratische Wahlen nur in einem ganz pauschalen Sinne eine Repräsentationsbefugnis für die folgenden vier oder fünf Jahre einer Legislaturperiode ausstellen, hat für Manin vor allem darin seinen guten Sinn, als ein solches Arrangement zumindest eine zeitweise Entkoppelung von jeweils situativem Mehrheitswillen und politischen Entscheidungen zulässt. Das ist deswegen eine intelligente, vorteilhafte und der reinen Herrschaft der jeweils momenthaften Mehrheit überlegene Lösung, weil es die Wahrscheinlichkeit einer Reformierbarkeit des Status quo erhöht, damit politische Führung und kollektives Lernen ermöglicht, der Wählerschaft die Möglichkeit einräumt, über ihre ‚eigentlichen‘ Präferenzen aufgeklärt zu werden („interests defined as enlightened preferences“ (Mansbridge 2003: 517)) – wobei dies natürlich auch zu ‚manipulierten‘ statt zu ‚aufgeklärten‘ Präferenzen führen kann.

Anhand eines Beispiels gesprochen: Sieht sich eine Regierung etwa angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels im Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsökonomie vor die Herausforderung gestellt, den Sozialstaat an diese neuen Gegebenheiten anzupassen, sieht sie sich also zu einer umfassenden Sozialstaatsreform gezwungen, so trifft eine solche Reform unmittelbar auf sehr viele gesellschaftliche Widerstände, auf *vested interests*. Die bekannten Mechanismen – *loss aversion* und Status quo Bias, die asymmetrische Verteilung der konkreten Reformverluste für klar identifizierbare Gesellschaftsgruppen und diffuse Reformgewinne für breitere Bevölkerungsschichten in Verbindung mit den bekannten Kollektivhandlungsdilemmata, durch die die konkret negativ Betroffenen sich leichter politisch organisieren können als die diffus Bevorzugten – machen solche Reformen zu unwahrscheinlichen und potenziell für die handelnden Akteure politisch sehr gefährlichen Ereignissen.

Trotzdem finden sie zuweilen statt. Dabei sind Kosten und Nutzen solcher Reformen typischerweise sehr häufig in spezifischer Weise zeitlich verteilt: Reformen verursachen zunächst *unmittelbar* substantielle ‚Kosten‘, und erweisen dann – wenn überhaupt – erst mittelfristig ihre Vorteilhaftigkeit. Eine Vielzahl von Begriffen steht für diesen Zusammenhang, etwa als politisches *valley of tears*, das es erst einmal zu durchschreiten gilt. Aber genau eine solche kollektive ‚Geduld‘ wird durch die zeitliche Entkoppelung der periodisch stattfindenden demokratischen Wahl von den einzelnen politischen Entscheidungen überhaupt erst möglich. Das führt zu einem öfter (insbesondere in der *political business cycle*-Literatur) beschriebenen zeitlichen Muster: Schmerzhaft Reformen sind am Anfang einer Legislaturperiode durchzusetzen, in der Hoffnung, dass vier Jahre später, vor der nächsten Wahl, entweder schon die Erinnerung der Wähler an sie verblasst ist, und/oder dass dann im Kalkül einer Mehrzahl von Wählern der mittelfristig anfallende Nutzen die in der Vergangenheit angefallenen unmittelbaren Kosten überwiegt, dass sich Wähler also haben überzeugen lassen, sich über ihre ‚wahren Interessen‘ haben aufklären lassen, durch die konkreten Konsequenzen einer Reform.

Wenn man also nicht nur über Beharrungskräfte und Widerstände, sondern auch über politischen Ermöglichungsbedingungen von Status Quo-Änderungen nachdenkt, kommen die deliberativen und antizipatorischen Dimensionen politischer Repräsentation, die darauf basieren, dass für die politisch Handelnden die *zukünftigen* Wähler von zentralerer Bedeutung

sind als die der Vergangenheit, stärker in den Blick. Aus dieser Perspektive sind politische Repräsentanten nicht ausschließlich autorisiert durch den Wähler/die Wählerin zum Zeitpunkt t_1 , und somit auch nicht nur ihm/ihr verpflichtet, sondern auch und vielleicht sogar entscheidender am Wähler zum Zeitpunkt t_3 orientiert, ist es doch dieser Wähler, der sie wieder- oder abwählt, also letztlich über das weitere Schicksal einer Regierung, einer Regierungspartei, eines Repräsentanten dieser Regierungspartei entscheidet.

Aus dieser Perspektive orientiert sich Politik also an einer zukünftigen, wenn man so will, völlig fiktiven Person: „the representative tries to please future voters“ (Mansbridge 2003). Da es diese Person aber ja zum Zeitpunkt der politischen Entscheidung noch nicht gibt, sind es genau genommen die „beliefs of the representative at Time 2 about the future preferences of the voter at Time 3, not the actual preferences of the voter at Time 3, [which] are the cause of the representative’s actions at Time 2.“ (ebenda, 517). Jane Mansbridge hat in diesem Zusammenhang die *promissory representation*, die im Wesentlichen politische Repräsentation als ein principal/agent-Zusammenhang versteht und sich Repräsentation vom Wähler (V_{T1}) ausgehend und durch den Repräsentanten (R_{T2}) vollzogen vorstellt, von der *anticipatory representation* unterschieden, in der umgekehrt das Repräsentationsverhältnis vom Repräsentanten (R_{T2}) ausgeht und zum (zukünftigen) Wähler (V_{T3}) hinführt. Es ist also nicht der Wähler/ die Wählerin, die zum Zeitpunkt der Wahl einen Repräsentanten ‚mandatiert‘, sondern die Repräsentantin, die in Hinblick (‚antizipierend‘) auf die nächste Wahl, auf die zukünftigen Wähler politisch entscheidet und handelt.

$V_{T1} \rightarrow R_{T2}$
 promissory
 representation

$R_{T2} \leftarrow V_{T3}$
 anticipatory
 representation

Abbildung 3: Die versprechende versus die antizipatorische Repräsentation (Mansbridge 2003)

Die Wählerpräferenzen zum Zeitpunkt t_3 sind aber selbstverständlich nicht unabhängig vom Repräsentationshandeln zum Zeitpunkt t_2 , sie sind ‚malleable‘. Dieser Umstand „prompts attempts to change the voter at Time 3 so that the voter will be more likely to approve of the representative’s actions.“ (ebenda: 517). Wähler können beeinflusst werden, u.a. durch das repräsentative Handeln selbst, umso mehr, als sie möglicherweise auch schon zum Zeitpunkt t_1 vielleicht nicht sonderlich stabile Präferenzen hatten. Zugleich wird es politisch essentiell, diesen Wähler/ diese Wählerin mit seinen/ ihren Einstellungen, Präferenzen, Interessen zum Zeitpunkt t_3 zu ‚erraten‘. Dem widmet sich eine eigene Industrie, die die Präferenzen des zukünftigen Wählers abzuschätzen versucht: „the search prompts attention to public opinion polls, focus groups, and gossip about the ‚mood of the nation“ – die Umfrageindustrie, deren öffentlich kommunizierte, bisweilen spektakulär inszenierte Ergebnisse wiederum performative ‚feed-backs‘ auslösen und das politische Angebot wie das Wählerverhalten verändern.

Insgesamt führt die Orientierung auf den zukünftigen Wähler, die zukünftige Wählerin damit automatisch ein deliberatives Moment ein und die Möglichkeit, Präferenzen in über sich selbst aufgeklärte Interessen zu überführen. Der Wähler ist *educable*, aber eben auch *manipulable*, und die Kommunikation findet statt zwischen Wählern, die überzeugt werden sollen, und Repräsentanten, die überzeugen wollen, aber auch eine Reihe anderer gesellschaftlicher Akteure und Gruppen (G_{T2a} , G_{T2b} , etc.), und nicht zuletzt immer auch eine politische Opposition, beteiligen sich an diesem Prozess.

11/17

16 Nur um es exemplarisch zu machen: seit April 2020 wurde dem Bundeskanzleramt die Auswertung einer *täglichen* Corona-Umfrage zur Verfügung gestellt, die Einstellungen zu den und Akzeptanz der Corona-Maßnahmen quasi in Realzeit berichtete. Für eine sehr anschauliche Darstellung eines stark von Umfragen getriebenen Regierungshandelns siehe ‚Regieren nach Zahlen‘ (Spiegel 37/2014; S. 20-25). In der Legislaturperiode 2009-2013 hat das Bundeskanzleramt insgesamt 600 (!) Umfragen in Auftrag gegeben, also pro Woche durchschnittlich 3.

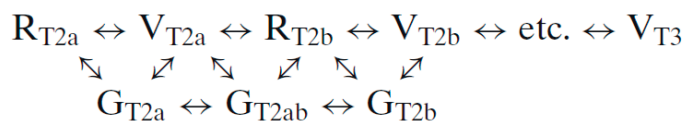


Abbildung 4: Elektorale Repräsentation und Deliberation (Mansbridge 2003)

Nun stellt sich allerdings die Frage, ob dieser skizzierte Zusammenhang – Ausstellen einer pauschalen Repräsentationsbefugnis in einer demokratischen Wahl, dann ein vornehmlich auf zukünftige, nicht vorherige Wähler eingestelltes Repräsentationshandeln, schließlich nachträgliche Autorisierung bzw. Sanktionierung des vorherigen Repräsentationshandelns in der nächsten Wahl – nicht heute zunehmend unter Druck geraten ist, und ob es für diese veränderte Zeitordnung nicht möglicherweise auch schon erste Indizien gibt.

17 Manin selbst diskutiert die Rolle von Meinungsumfragen in der Bildung einer politischen Öffentlichkeit. Er hält diese – vergleichbar mit Petitionen oder Demonstrationen – doch immer nur für Äußerungen einer Teilöffentlichkeit, nicht weil etwa nur eine überschaubare Zahl von Teilnehmern befragt wird, oder aber, weil diese Teilgesamtheit nicht repräsentativ sei, „but because the questions are drawn up by particular people, namely the polling organizations and their clients“ (Manin 1997: 171). Siehe insgesamt seine diesbezügliche Diskussion auf den S. 171-173. Das, allerdings, ist ein Argument, das nicht sonderlich überzeugt.

Wie kann man sich diese veränderte Zeitfolge vorstellen, was sind ihre Elemente bzw. Episoden? Vielleicht wie folgt: Wir gehen von einer deutlich abnehmenden Parteienidentifikation aus, unter anderem auch wegen der zunehmenden ideologischen Ununterscheidbarkeit ‚mittiger‘ Parteien (responsible versus responsive parties; (Mair 2009)). Sind Wähler vor die Wahl zwischen ihnen gestellt, sind ihre Präferenzen weniger eindeutig, d.h. aber auch fluider. Das führt zu stärkerer Volatilität in der öffentlichen Meinung, zusätzlich angetrieben durch ihre hoch-frequente Ermittlung in Form eines „kontinuierlichen Volksentscheids“ (Hennis 1957: 40), und diese Öffentlichkeit wird in immer kürzerer Frist in die Politik zurückgespeist, umfasst auch immer mehr ganz konkrete Politikinhalt.¹⁶ In der von Mansbridge vorgeschlagenen Begrifflichkeit: Die Frage stellt sich, ob V_{T3} immer näher an R_{T2} zeitlich heranrückt, sich also quasi in jedem Moment an einem *situativen* (issue-bezogenen) *Median* orientiert – und ob die Demokratie sich damit ihres (ohnehin eingeschränkten) Lernpotenzials noch weiter vergibt? Oder nochmals anders formuliert: Es fragt sich, ob der Satz, es bestehe eine „*fundamental difference* between representative government and a system that guarantees complete congruence between the preferences of the governed and the decisions of the elected“ (Manin 1997: 166, meine Hervorhebung), nicht zunehmend von der Wirklichkeit dementiert wird.¹⁷

18 Eine Implikation des folgenden Arguments wäre, dass fixe Terms dafür sorgen, dass präsidentielle Systeme ein höheres Ausmaß an Lernfähigkeit besitzen. Hier würde auch bei Term-Limits die zweite Amtszeit nochmals eine andere politische ‚Zeitrechnung‘ begründen.

Diese Frage stellt sich auch insbesondere vor dem Hintergrund des Wissens, dass die beständige und detaillierte Ermittlung der öffentlichen Meinung in parlamentarischen Demokratien (nicht in präsidentiellen) auf eine eigentümlich vorstrukturierte politische Zeit trifft.¹⁸ Parlamentarisch

müssen sich Mehrheiten von Mal zu Mal immer wieder neu konstituieren, d.h. faktisch bei jeder Abstimmung im Parlament erneut gebildet werden. Oder negativ formuliert: Parlamentarische Demokratien zeichnen sich insofern dadurch aus, dass bei jedem einzelnen Abstimmungsvorgang Mehrheiten verloren gehen können. D.h., dass in einem grundsätzlichen Sinne eine von einer parlamentarischen Mehrheit getragene Regierung *zu jedem Zeitpunkt* ihre Macht verlieren kann (was dann im Regelfall zu Neuwahlen führt).

Natürlich kann es für längere Phasen stabile Mehrheiten geben, in denen diese Gefahr nicht zu drohen scheint, trotzdem steht eine Regierung unter dem permanenten Zwang, für jede einzelne ihrer Entscheidungen immer wieder von neuem eine parlamentarische Mehrheit zu organisieren. Unter einem solchen Kalkül gewinnt V_{T_3} nun allerdings tatsächlich an Bedeutung, rückt an R_{T_2} zeitlich heran, weil ja entweder eine Regierung einen Machtverlust vermeiden möchte, und deswegen ein Interesse an maximaler Beachtung (Popularität) *und* Beliebtheit (Zustimmung) hat – oder aber im Szenario des Machtverlusts plus Neuwahl die Chance auf Wiedergewinnung einer parlamentarischen Mehrheit maximiert werden soll. In beiden Konstellationen macht es Sinn, sich permanent-situativ an V_{T_3} , die damit eigentlich zu einem V_{T_2} wird, zu orientieren.

Einige empirische Voraussetzungen und Implikationen des skizzierten Arguments sollen zum Abschluss kurz betrachtet werden: zunehmende Fragmentierung des Parteiensystems, höhere Varianz der Zustimmungswerte von Parteien, geringere Parteienidentifikation und damit auch höherer Anteil ‚unentschlossener‘ Wähler (sich u.a. auch manifestierend an einem höheren Anteil der ‚sonstigen‘ Wähler), spätere Wahlentscheidung, schließlich auch kürzere Regierungsdauer.

3. Eine Chaotisierung demokratischer Repräsentation?

Ich will einige empirische Indikatoren – hier zugegebenermaßen zunächst nur illustrativ, wie es im Rahmen eines Essays eben möglich ist – anführen, die zumindest nahelegen, dass das Geschäft demokratischer Repräsentation allgemein unruhiger und kurzfristiger geworden ist. Die empirische Evidenz stammt erneut hauptsächlich aus dem bundesdeutschen Kontext – nur was die durchschnittliche Länge von Kabinetten in den Nachkriegs-demokratien des Westens angeht, kommt der Vergleich in den Blick (siehe Abbildung 9). Dass Parteienfragmentierung und abnehmende Parteienidentifikation – damit zusammenhängend dann Zunahme des strategischen Wählens und wiederum damit im Zusammenhang stehend auch die immer spätere Wahlentscheidung (siehe Abbildung 8) – keine exklusiv bundesdeutschen Phänomene sind, ist hinreichend bekannt und belegt.

Zunächst wird die zunehmende Fragmentierung des Parteiensystems – und damit zugleich auch von Wahl zu Wahl stärker variierende Stimmenanteile zwischen den Parteien – aus Abbildung 5 ersichtlich.

Das bundesdeutsche Parteiensystem
Stimmenstärke der Parteien, 1949-2021

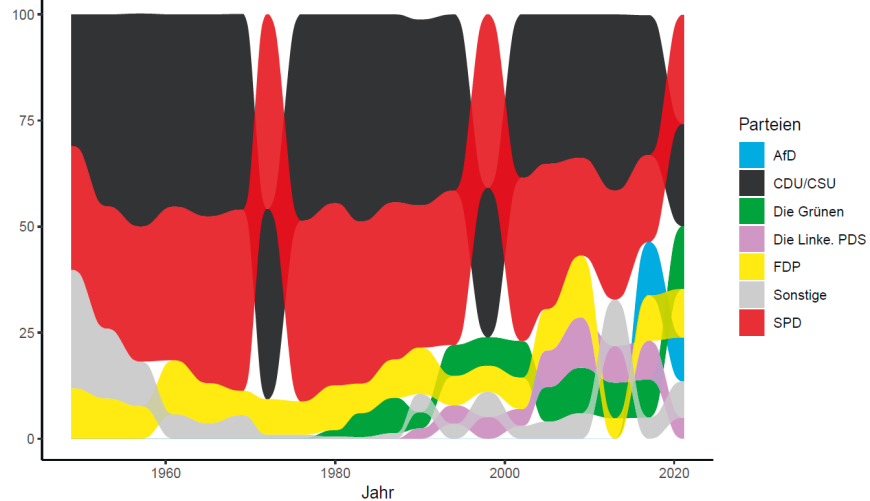
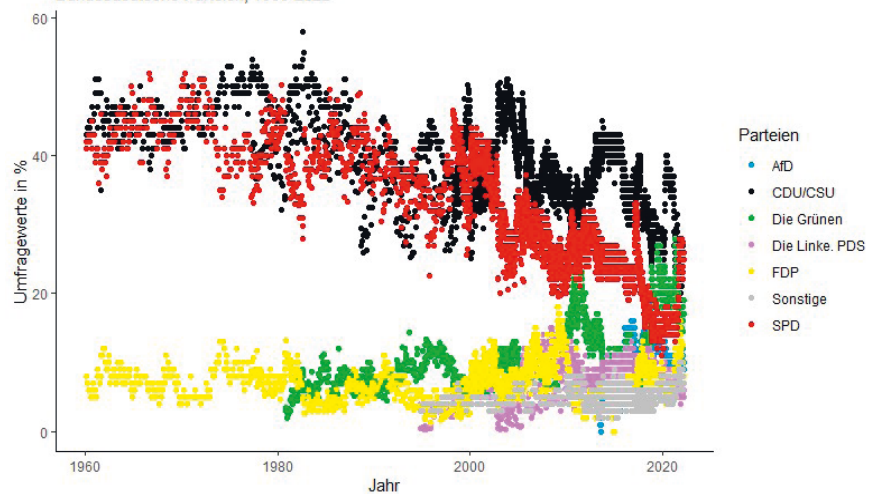


Abbildung 5: Fragmentierung des deutschen Parteiensystems, 1949-2022

Wenn es um die Zustimmungswerte oder Popularitätswerte *zwischen* Wahlen geht, so verdeutlicht Abbildung 6 ein entsprechendes Auf-und-Ab für die Parteien, bei dem Parteien, die sich in Umfragen eben noch nahe der 20 Prozent-Grenze bewegten (Februar 2009), wenig später (Juni 2010) unter die 5 Prozent-Hürde fallen (so die FDP), oder innerhalb von nur zwanzig Monaten von 26 Prozent auf 40 steigen und wieder zurück auf teilweise nur 19 Prozent fallen (so zwischen Januar 2020 und September 2021 die CDU/CSU).

Umfragewerte
Bundesdeutsche Parteien, 1960-2022



Daten von (Müller and Louwse 2020) und eigene Ergänzungen

Abbildung 6: Volatilität der Zustimmungswerte bundesdeutscher Parteien, 1960-2022

Dieses Bild sieht sich grundsätzlich bestätigt, wenn man auf der Grundlage der Daten der Forschungsgruppe Wahlen für die letzten 30 Jahre pro Partei die jährliche Differenz der Maxima und Minima der Umfragewerte summiert über alle Parteien abbildet (siehe Abbildung 7). Es zeigt sich ein ganz solider Aufwärtstrend, mit zuletzt aggregierten Verschiebungen in den Zustimmungswerten der Parteien von *durchschnittlich* etwa 22 Prozent, wobei auch bei dieser Entwicklung Heteroskedastizität vorzuherrschen scheint, mit größerer Varianz in der jüngeren Vergangenheit und geringerer in den 1990ern und Nullerjahren.

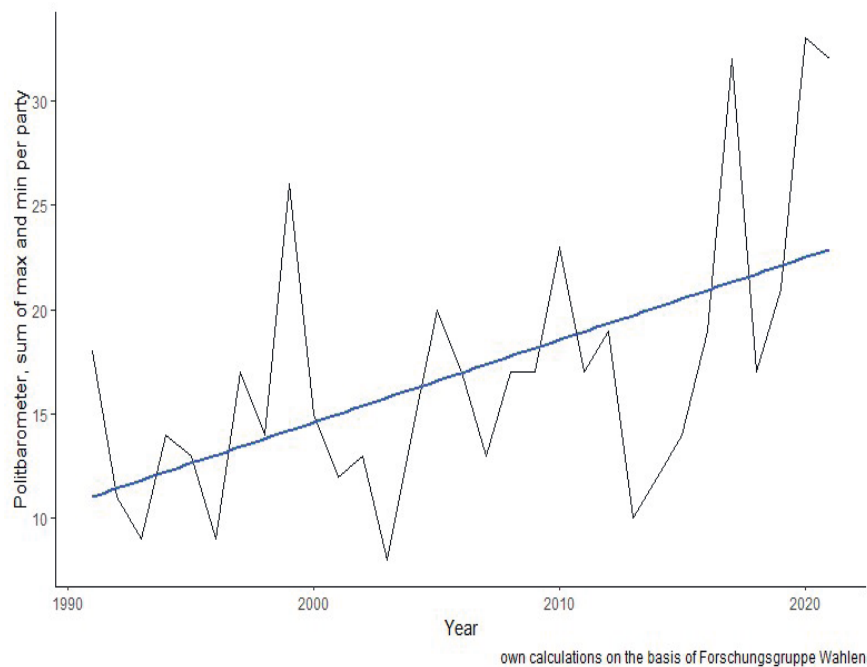


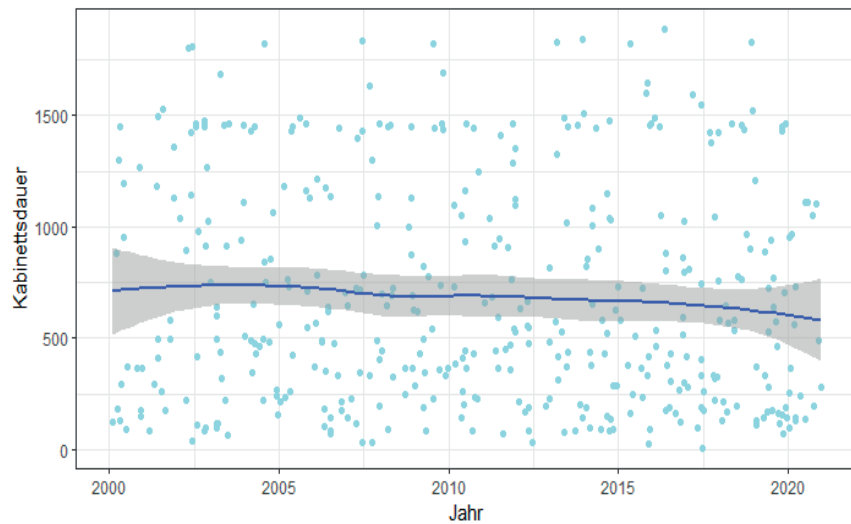
Abbildung 7: Volatilität der Zustimmungswerte, jährliche Differenzen (Max. – Min.) pro Partei aufsummiert über alle Parteien

Eine vor kurzem vorgenommene Auswertung der German Longitudinal Election Study (GLES) bestätigt dabei, dass für einen immer größeren Anteil der Wähler die Entscheidung, für welche Partei eine Stimme abgegeben werden soll, zunehmend kurzfristig fällt, und dies für immer weniger Wähler seit langem feststeht.

Schließlich können wir mit Daten des Parliament and Government Composition Dataset, ParlGov (Döring and Manow 2018), der Frage nachgehen, ob die durchschnittliche Regierungszeit von Kabinetten in den politischen Systemen ‚westlicher‘ Demokratien im Zeitverlauf abgenommen hat (siehe Abbildung 8). Das ist keine unmittelbare Implikation des oben skizzierten Arguments (könnte aber eine der Konsequenzen sein, wenn erhöhte Volatilität der politischen Zustimmung die Wahrscheinlichkeit von Regierungskrisen, Koalitionswechsel, Neuwahlen usw. erhöht). Eine solche kürzere Regierungszeit würde aber – wenn sie zutreffend ist – die Anreize zur Orientierung an dem jeweils ‚*situativen* Median‘ verstärken. Tatsächlich lässt sich seit 2000 eine durchschnittlich kürzere Amtszeit von Regierungskabinetten feststellen, die in der Visualisierung (siehe Abbildung 8) zunächst nicht sonderlich dramatisch anmutet, im Durchschnitt aber doch

immerhin eine Verkürzung von circa 200 Tagen (von circa 750 auf circa 550) gleichkommt, also doch in einem Bereich, in dem ‚eine Woche eine politische Ewigkeit ist‘ (Harold Wilson), substanziell ist.

15/17



Quelle: ParlGov, 37 countries

Abbildung 8: Durchschnittliche Amtszeiten von Regierungskabinetten

4. Schluss

Welche veränderte Rolle spielen Umfragen in heutigen Demokratien? Welche Auswirkungen hat die routinemäßige und in immer kürzeren Abständen erfolgende Ermittlung von politischen Popularitätswerten auf den politischen Prozess? Werden Umfragen zunehmend zu einem *meinungsbildenden* statt zu einem Meinungen nur *abbildenden* Instrument? Sind die in modernen Demokratien immer präsenteren Umfragen demokratietheoretisch problematisch – und wenn ja, in welcher Hinsicht?

In diesem Essay ging es mir um die Frage, ob wir über empirische Hinweise verfügen, dass Demokratie zunehmend von kurzen Rückkoppelungsschleifen zwischen (ermittelter) Öffentlichkeit (dem ‚situativen Median‘), deren medialer Präsentation und dem durch sie orientierten politischen Handeln geprägt wird – was, wenn zutreffend, ein eigentlich im Repräsentationsverhältnis, insbesondere in der zeitlichen Entkoppelung von politischen Entscheidungen und ihrer *nachträglichen* Sanktionierung durch Wahlen angelegtes politisches Lernpotenzial mehr und mehr zum Verschwinden bringen würde. In der Frage nach der Zeitorientierung der Demokratie – immer wichtiger angesichts der existentiellen Herausforderungen, vor denen sich demokratische Systeme vor allem durch die Klimakrise gestellt sehen – wäre das insgesamt keine gute Nachricht.

Literatur

16/17

Déloye, Yves and Ihl, Olivier (2008), *L'acte du vote* (Paris: SciencesPo Les Presses).

Desroisières, Alain (1998), *The Politics of Large Numbers: A History of Statistical Reasoning* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press).

Döring, Holger and Manow, Philip (2018), *Parliament and government composition database (ParlGov): An infrastructure for empirical information on parties, elections and governments*.

Döring, Jörg, Werber, Niels, Albrecht-Birkner, Veronika, Gerlitz, Carolin, Hecken, Thomas, Paßmann, Johannes, Schäfer, Jörgen, Schubert, Cornelius, Stein, Daniel, and Venus, Jochen (2021), ‚Was bei vielen Beachtung findet: Zu den Transformationen des Populären‘, *Kulturwissenschaftliche Zeitschrift*, 6 (2), 1-24.

Faas, Thorsten (2017), ‚Demoskopische Befunde - ihre Hintergründe, ihre Verarbeitung, ihre Folgen: einige (ein)leitende Überlegungen‘, in Thorsten Faas, Dietmar Molthagen, and Tobias Mörschel (eds.), *Demokratie und Demoskopie. Machen Zahlen Politik?* (Wiesbaden: Springer VS), 7-24.

Goodin, Robert E. (1998), ‚Keeping Political Time: The Rhythms of Democracy‘, *International Political Science Review*, 19 (1).

Hacking, Ian (1983), *Representing and Intervening: Introductory Topics in the Philosophy of Natural Science* (Cambridge: Cambridge University Press).

Hennis, Wilhelm (1957), *Meinungsforschung und repräsentative Demokratie. Zur Kritik politischer Umfragen* (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, 200/201; Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)).

Hopkin, Jonathan and Blyth, Mark (2018), ‚The Global Economics of European Populism: Growth Regimes and Party System Change in Europe (The Government and Opposition/Leonard Schapiro Lecture 2017)‘, *Government and Opposition*, 54 (2), 193-225.

Kruke, Anja (2012), *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland: Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949-1990* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Düsseldorf: Droste).

Mair, Peter (2009), ‚Representative versus Responsible Government‘, *Max-Planck Institute Working Paper*, 09 (8).

--- (2013), *Ruling The Void: The Hollowing Of Western Democracy* (London: Verso).

Manin, Bernard (1997), *Principles of Representative Government* (New York: Cambridge University Press).

Manow, Philip (2020), *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay* (Berlin: Suhrkamp).

Mansbridge, Jane (2003), ‚Rethinking Representation‘, *American Political Science Review*, 97 (4), 515-28.

17/17

Molthagen, Dietmar, Mörschel, Richard, and Faas, Thorsten (2017), ‚Zum Wechselverhältnis von Demoskopie und Demokratie‘, in Thorsten Faas, Dietmar Molthagen, and Richard Mörschel (eds.), *Demokratie und Demoskopie. Machen Zahlen Politik?* (Wiesbaden: Springer VS), 1-6.

Müller, Stefan and Louwerse, Tom (2020), ‚The electoral cycle effect in parliamentary democracies‘, *Political Science Research and Methods*, 8 (4), 795-802.

Ogle, Vanessa (2015), *The Global Transformation of Time, 1870-1950* (Cambridge, Mass.: Harvard University Press).

Polling, AAPOR Adhoc Committee on 2016 Election (2016), ‚An Evaluation of 2016 Election Polls in the US‘.

Schmitt-Beck, Rüdiger (2015), ‚Bandwagon Effect‘, *The International Encyclopedia of Political Communication*, 1-5.

Siegel, Nico A. (2019), ‚Un)Wichtiger denn je? Potenziale und Grenzen von Demoskopie‘, in Infratest/ Dimap (ed.), (Friedrich Ebert Stiftung).

Thompson, Dennis F. (2004), ‚Election Time: Normative Implications of Temporal Properties of the Electoral Process in the United States‘, *American Political Science Review*, 98 (1), 51-64.

Thompson, Helen (2022), *Disorder. Hard Times in the 21st Century* (Oxford: Oxford University Press).

Tufte, Edward R. (1990), *Envisioning Information* (Graphics Press).

--- (1997), *Visual Explanations: Images and Quantities, Evidence and Narrative* (Graphics Press).

--- (2001), *The Visual Display of Quantitative Information* (Graphics Press).

--- (2020), *Seeing with Fresh Eyes: Meaning, Space, Data, Truth* (Graphics Press).